

Die Jagd nach dem Geld hat begonnen

Die EU kann den Großteil der eingefrorenen russischen Reserven in Höhe von 300 Milliarden Dollar nicht auffinden.

27. Februar 2023 | Ben Aris

Die internationalen Reserven Russlands sind innerhalb einer Woche um 1,2 Prozent oder 6,9 Mrd. Dollar auf 582,1 Mrd. Dollar zum 17. Februar 2023 gesunken, wie die russische Zentralbank (RZB) am 27. Februar mitteilte. Dies ist auf eine negative Neubewertung und Transaktionen im Rahmen der neuen Haushaltsregel zurückzuführen.

In dieser Zahl sind die vom Westen in der ersten Woche des russisch-ukrainischen Krieges beschlagnahmten Reserven in Höhe von 300 Mrd. USD enthalten; es hat jedoch den Anschein, dass der Kreml doch noch Zugang zu einem großen Teil dieses Geldes haben könnte. Die EU-Justizbehörden haben zugegeben, dass sie das meiste davon nicht finden können, berichtet Delfi.

Am 10. Februar beliefen sich die internationalen Reserven auf 589 Mrd. USD, die sich aus Devisen, Sonderziehungsrechten (SZR), einer Reserveposition beim Internationalen Währungsfonds und Währungsgold zusammensetzen. Bei diesen Reserven handelt es sich um hochliquide ausländische Vermögenswerte, die der RZB und der russischen Regierung zur Verfügung stehen.

Nach Moskaus Militäroperation in der Ukraine verhängten die westlichen Länder Sanktionen gegen die russische Zentralbank. Zu diesen Sanktionen gehört das Einfrieren von Russlands Gold- und Devisenreserven in Höhe von 300 Mrd. USD in Europa und den USA sowie das Verbot aller Transaktionen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Reserven und Vermögenswerte der Regulierungsbehörde sowie von Transaktionen mit juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der RZB handeln.

Jüngsten Berichten zufolge konnten die EU-Strafverfolgungsbehörden jedoch nur 33,8 Mrd. EUR der in Europa gehaltenen 250 Mrd. EUR ermitteln, die eingefroren wurden. Die restlichen Gelder wurden nicht gefunden und bleiben vermutlich unter russischer Kontrolle.

Im Februar 2023 forderten 45 Mitglieder des EU-Parlaments in einem Schreiben an die EU-Spitze die Einrichtung eines zentralen Registers, in dem der Verbleib der ZBR-Gelder sowie der eingefrorenen Oligarchengelder und anderer mit Sanktionen belegter russischer Staatsbürger und Unternehmen im Wert von 19 Mrd. EUR verzeichnet ist. Delfi berichtet, dass die EU noch immer nicht feststellen konnte, wo der Großteil der ZBR-Gelder aufbewahrt wird. Darüber hinaus wurde eingeräumt, dass die Zahl von 300 Mrd. USD auf den eigenen Berichten der ZBR über die in Europa gehaltenen Beträge beruht und nicht auf Berichten der Institutionen, die die Reserven halten sollten; folglich könnte der in Europa gehaltene Betrag viel niedriger sein als die angegebene Zahl von 300 Mrd. USD.

Die Probleme bei der Suche nach diesen Geldern sind auf die Komplexität der Verwaltung der russischen Währungsreserven zurückzuführen und haben sich als schwieriger erwiesen, als erwartet.

Die Jagd nach dem Geld hat begonnen. Die EU hat alle Mitgliedsländer aufgefordert, ihre Banken anzuweisen, etwaige Bestände an ZBR-Geldern am 15. Februar zu melden.

Die Gelder wurden lediglich eingefroren, gehören aber technisch gesehen immer noch der ZBR. Nach internationalem Recht kann eine Regierung das Eigentum einer anderen Regierung nicht beschlagnahmen, es sei denn, sie erklärt ihr den Krieg; die EU hat wiederholt erklärt, sie habe nicht die Absicht, Russland den Krieg zu erklären. Das macht die Beschlagnahme der eingefrorenen Gelder in Höhe von 300 Mrd. USD rechtlich sehr schwierig.

US-Finanzministerin Janet Yellen räumte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters während eines unangekündigten Besuchs in Kiew am 27. Februar ein, dass es ernsthafte Hindernisse bei der Beschlagnahmung großer eingefrorener russischer Vermögenswerte gibt.

„Wir haben in diesem kleinen Rahmen Vermögenswerte beschlagnahmt, aber es gibt sicherlich rechtliche Herausforderungen, wenn wir mehr als das tun wollen“, sagte sie über russische Gelder, die die USA gerne an die ukrainischen Behörden überweisen würden.

Reuters berichtet, dass es sich bei dem beschlagnahmten Geld um „für kriminelle Aktivitäten verwendete Vermögenswerte“ handelt.

Auch die europäischen Gesetze machten es schwer, das Geld der Oligarchen zu beschlagnahmen, da es in den meisten Ländern nur möglich ist, eingefrorene Gelder zu beschlagnahmen, wenn es eine strafrechtliche Verurteilung gibt, eine Regel, die offensichtlich nicht für alle Länder gilt. Ein Großteil der Oligarchengelder wird jedoch im Namen von Familienmitgliedern oder Strohleuten gehalten, die in keiner Weise verurteilt wurden. Die Tatsache, dass sie auf einer Sanktionsliste stehen, erlaubt es den Behörden zwar, Gelder einzufrieren, aber das bedeutet nicht, dass diese Gelder dann legal beschlagnahmt und für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden können.

Derzeit hat die EU das Recht, vorübergehend 33,8 Mrd. EUR des ZBR-Vermögens zu nutzen. Die EU hat vorgeschlagen, dieses Geld in einen Fonds zu investieren und etwaige Gewinne für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, während das Kapital unangetastet bleibt und Eigentum Russlands ist.

Die ZBR hält keine Dollars mehr, aber Politiker sagten in diesem Monat, dass die Regulierungsbehörde plant, in diesem Jahr auch alle ihre Euros zu verkaufen. Nach dieser Änderung wird die ZBR nur noch Gold und Yuan in ihren Reserven halten, die zu 40 Prozent bzw. 60 Prozent aufgeteilt sind.